

■ Pressemitteilung

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Familien müssen im Fokus stehen

Berlin, 24. Juni 2020 – Zum Start der am 01. Juli 2020 beginnenden deutschen Ratspräsidentschaft fordern die in der AGF zusammengeschlossenen Familienorganisationen die Bundesregierung auf, die Familie in das Zentrum ihrer Tätigkeiten zu stellen und die sogenannte Kindergarantie entscheidende Schritte voran zu bringen.

Kontakt:
Sven Iversen
030 2902825-70
iversen@ag-familie.de

„Die Corona-Krise hat in ganz Europa eindrücklich gezeigt, dass es die Familien sind, auf deren Basis Gesellschaft funktioniert“, so Daniela Jaspers, die Vorsitzende der AGF. „Während die Strukturen um sie herum zerbrachen, rückten die Familien zusammen und haben mit großen Anstrengungen vielfältige gesellschaftliche Grundfunktionen aufrechterhalten. Sie mussten jedoch zusehen, wie Rettungsschirme für Wirtschaftsbereiche aufgespannt wurden, während es für sie selbst auch finanziell immer enger wurde“, betont Frau Jaspers. „Betroffen waren dabei alle Bereiche des Familienlebens, unter anderem die Kinderbetreuung, Schule, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Pflege von Angehörigen.“

Die Familienorganisationen betonen, dass ein ganzheitlicher Blick auf die Bedarfe von Familien und auf alle Familienformen geworfen werden müsse. Zusätzlich zu den aktuellen Anstrengungen, die hinsichtlich der Überwindung der Corona-Krise nun anstehen, müsse auch Langfristiges im Blick bleiben. Im Zentrum stünden für Familien dabei das Zusammenspiel von Zeit, Geld und Infrastruktur, der mittlerweile als klassischer Dreiklang einer guten Familienpolitik gilt: Ziel der Bundesregierung für die Ratspräsidentschaft solle es daher sein, diese Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen. „Damit wir dem Ziel einer Lebenswirklichkeit, in der alle Familien ein Leben entsprechend ihrer Bedarfe und Bedürfnisse führen können, ein Stück näher kommen“ bilanziert Jaspers.

Als einen wichtigen Bereich, in dem auf Europäischer Ebene nun dringend Fortschritte gemacht werden müssten, heben die Familienorganisationen die sogenannte Kindergarantie hervor. Dahinter verbirgt sich der Plan der Europäischen Kommission, für alle Kinder und Jugendliche in fünf zentralen Lebensbereichen Garantien für eine Mindestversorgung zu schaffen: Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen, Ernährung sowie Kinderbetreuung. „Angesichts der nach wie vor vorherrschenden Kinderarmut in Deutschland und Europa müssen wir in der Teilhabesicherung von Kindern aus armen Familien vorankommen!“, drängt Sven Iversen, Geschäftsführer der AGF und führt aus: „Die Europäische Kommission und Ursula von der Leyen im Besonderen hat sich die Kindergarantie bereits zu eigen gemacht. Es liegt nun in der Verantwortung der Bundesregierung, diese ein wichtiges Stück voranzutreiben, sodass sie spätestens 2021 in Kraft treten kann.“

Die AGF wird in Zusammenarbeit mit dem europäischen Zusammenschluss von Familienorganisationen „COFACE Families Europe“ am 29. September eine Veranstaltung zur Entwicklung und Umsetzung der Kindergarantie durchführen.